

**Greifswalder Beiträge**  
**zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung**  
**Band 16**

**Beiträge zur Regionalentwicklung**  
**in Mecklenburg-Vorpommern**



**Forum für**  
**Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung**  
**an der Universität Greifswald**

**Greifswald 2005**

Forum für  
Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität Greifswald  
c/o Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Universität Greifswald

Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung  
**ISSN 0943-7371**

Band 16 (2005):  
W. STEINGRUBE (Ed.):  
Beiträge zur Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern;  
Selbstverlag, 1. Auflage, Greifswald 2005

Wie bisher werden die *Greifswalder Beiträge* ... 16 (2005) über die Tauschstelle der Universitätsbibliothek an die Bibliotheken aller mit Lehre und Forschung in der Geographie bzw. zum Themenkomplex Tourismus befassten Hochschulen im deutschen Sprachraum kostenlos (im Tausch gegen gleichartige Literatur) vergeben; andere Interessenten ggf. direkt den Herausgeber anfragen (Schutzgebühr 15 € plus Versandkosten).  
Vertrieb über den Buchhandel erfolgt wegen der kleinen Auflage nicht.

Der Herausgeber ist ausdrücklich an der nicht-kommerziellen Weiterverbreitung der Informationen aus den *Greifswalder Beiträgen* ... 16 (2005) interessiert, natürlich nur unter korrekter Angabe der Quelle.  
Jede Form kommerzieller Nutzung unterliegt dem strengen Urheberrecht.

Herausgeber: Prof. Dr. Wilhelm STEINGRUBE  
i.N. Forum für Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität  
Greifswald, Makarenkostraße 22  
17487 Greifswald  
Tel.: 03834 – 86 45 40

Redaktion/Gestaltung: Dr. Wolfgang ALBRECHT (Redaktionsschluss 31.10. 2005)  
Manuskript/Texte+Tabellen: Gudrun LAST, Marie-Luise FUNK;  
Einbandkartogramm: Brigitta LINTZEN  
Druck/Binden: Kiebu-Druck GmbH Greifswald

Für die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und enthaltenen Informationen sind allein die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich.

## Wüstungen in Vorpommern - Bedrohung für den Ländlichen Raum (LR)

Helmut KLÜTER

### 1. Einleitung

Wüstung in der Gegenwart – kann es so etwas geben? In diesem Aufsatz wird die These vertreten, dass aktuelle Raumanalyse in Mecklenburg-Vorpommern [MV] vor den absehbaren Folgen einer äußerst problematischen räumlichen Zentralisierungspolitik die Augen nicht verschließen darf. Darin ist eine weitere These enthalten, die auf Gemeinsamkeiten mit dem historischen Wüstungsbegriff verweist: Die heutigen Rückentwicklungsprozesse sind – ähnlich wie viele frühere – durch politische Fehlentscheidungen bedingt. Dabei geht es nicht um politische Fehler vor, sondern um solche nach der Wende. Es sind hier nicht Kriege und andere makroräumliche Fehlentscheidungen als Ursachen anzusehen, sondern eine Verwaltung, die weiten Teilen des Landes zeitgemäße kommunale Strukturen vorenthält, und eine Landesplanung, die mit einem ungeeigneten und veralteten Instrumentarium (Zentrale Orte) Wüstungen geradezu provoziert. Deshalb ist die Raumwissenschaft in besonderer Weise berufen, diese Missstände zu analysieren und zu ihrer Überwindung beizutragen. Der Aufsatz geht über die distanzierte Prozessbeschreibung hinaus und kommt über die Ursachenforschung zu konkreten Hinweisen für Theorie und Praxis, die jenen Prozess bremsen und aufhalten könnten. Die zugrunde liegende Basisinformation stammt aus Studien und Projekten, die im letzten Jahrzehnt am Greifswalder Geographischen Institut erstellt und im 'Wirtschaftsatlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte' (KLÜTER et al. 2005) systematisiert worden sind.

### 2. Zum Wüstungsbegriff

Wüstung gilt als „aufgegebene Siedlung, Aufgabe der Nutzung von Wohnplätzen oder Ackerland. Der Begriff ist spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Quellen entlehnt und beinhaltet zunächst, daß mit der Nichtnutzung keine vollen Steuerabgaben mehr erbracht wurden. Diesem ursprünglichen Verständnis folgen die meisten Definitionen von Wüstung durch die Beschreibung des unterschiedlichen Ausmaßes und der Dauer der Aufgabe von Dorf und Flur...“ (SCHENK 2002). Wüstung ist meist ein historisch-geographischer Begriff, wobei – wie im Zitat angedeutet – v.a. an das Mittelalter gedacht wird. LENZ kam aber 1958 in seiner Studie über Rügen zu dem Schluss, „daß rund 80% der totalen und der überwiegendste Teil der partiellen Ortswüstungen auf Rügen in der neuzeitlichen Periode ab Mitte des 16. Jahrhunderts entstanden sind.“ Weiter heißt es: „Eine zweite Wüstungsphase ist das Jahrhundert von etwa 1780 bis 1880.“ (LENZ 1958, S. 72, 75)

Damit ist das Phänomen Wüstung bereits ziemlich an die Gegenwart herangerückt. Meine These lautet, dass bestimmte Entwicklungen im heutigen Vorpommern und manch anderer ostdeutschen Region dazu zwingen, Wüstung als Gegenwarts- und sogar als Zukunftspänomen zu betrachten. Das klingt zunächst absurd, denn

- Seuchen, Kriege, Klima, Fehlsiedlungen, Agrarkrisen oder andere oft erwähnte Ursachen für Wüstungsprozesse scheinen im reichen Deutschland von heute nicht vorzuliegen;
- Wüstung bedeutet Zerstörung; wenn der letzte eine Siedlung verlassen hat, wird sie wandalisiert; alles, was dort über Jahrzehnte/Jahrhunderte an Infrastruktur (Wege, Straßen, Schulen, Häuser, Gärten u.a.m.) investiert und aufgebaut wurde, wird in kürzester Zeit auf den volkswirtschaftlichen Wert Null reduziert.

„Lapidar heißt es in Verkaufskatalogen, herausgegeben zum Beispiel von der Treuhandliegenschaftsgesellschaft: ‚Gebäude gesichert, Schäden aufgrund langen Leerstandes; Außenstiege nur in Resten vorhanden; Raumstruktur und bauliche Ausstattung aus der Erbauungszeit größtenteils erhalten geblieben.‘ Häufig sind derartige Beschreibungen pure Euphemismen. Tatsächlich ist es viel weniger: Außenmauern nur noch in Resten vorhanden; Ausstattungsdetails geplündert. Wind und Regen besorgen dann den Rest.... Die Reste

erhaltenswerter Bausubstanz schwinden dahin, manchmal gerettet von Sammlern historischen Baumaterials, Schätze, herausgerissen aus ihrem historischen Bezug. Ich beschreibe also den Skandal mangelnden Kulturverständnisses, nämlich alte Gebäude und Parkanlagen als Teil unseres kulturellen Erbes zu betrachten, diese zu erhalten und wieder nutzbar zu machen...“ (PHILIPP 2000, S. 29, 30)

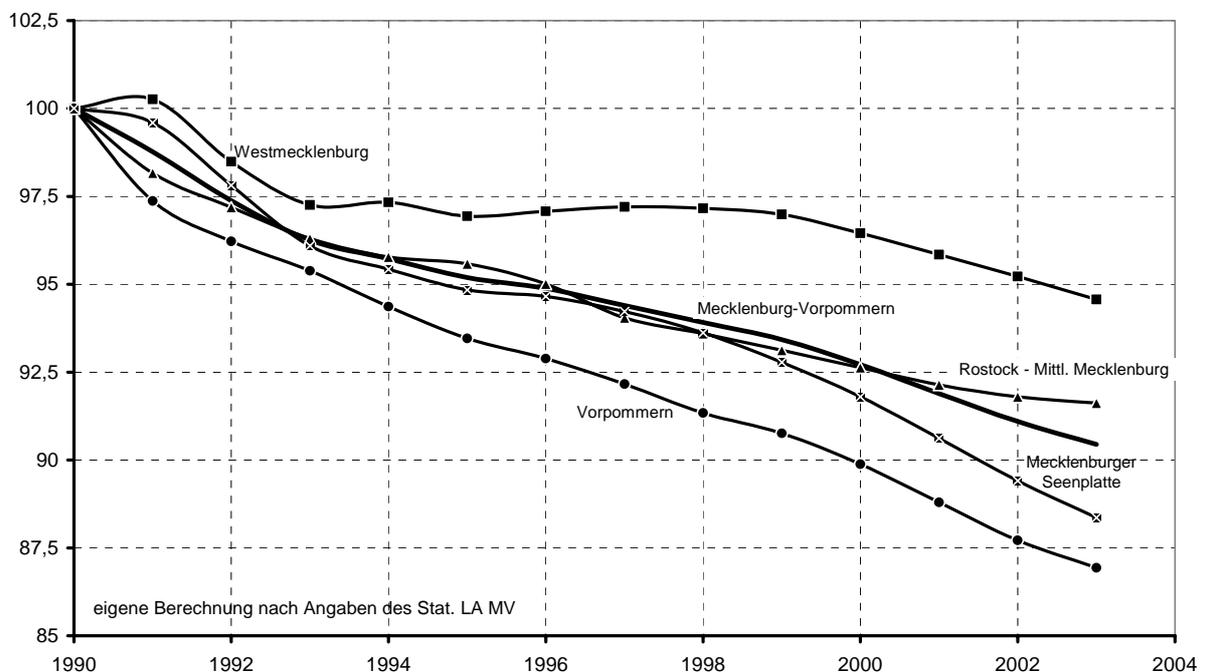
Neben der ökonomischen steht eine gewaltige kulturelle Wertevernichtung. All das geschieht innerhalb einer der reichsten Gesellschaften der Welt mit einem der perfektesten Denkmalschutzgesetze. Gesunde Volkswirtschaften wie Schweden oder Finnland versuchen, großmaßstäbige Wüstung um jeden Preis zu vermeiden oder sie so zu verlangsamen, dass die Gesellschaft angemessen darauf reagieren kann.

Warum gelten für das ländliche Vorpommern andere Prinzipien? Was führt dazu, dass inmitten Europas Prozesse ablaufen, die man sonst nur mit Kriegen oder Verarmung in den Randbereichen der Ökumene verbindet?

### 3. Vorpommern – Entwicklung der letzten Jahre

Vorpommern ist seit 1990 Teil des wieder gegründeten Bundeslandes MV. Das gehört zu denen, die seit der Wende immer wieder mit negativen Daten zur Bevölkerungsentwicklung in die Schlagzeilen geraten sind. Zur Beurteilung der langfristigen Siedlungsentwicklung erscheint der seit 1990 verflossene Zeitraum als kurz; daher werden hier die wichtigsten Entwicklungen seit 1939 knapp angerissen: 1939 lebten auf dem Gebiet des heutigen MV 1.405.403 Personen. Da die Region von den Kampfhandlungen des II. Weltkriegs relativ wenig betroffen war, wurde sie eines der Hauptziele der aus den großen Städten evakuierten Bevölkerung sowie der späteren Flüchtlings- und Umsiedlerströme. Bis 1946 stieg die Bevölkerung auf 2,1 Mio. an, wobei sich die weibliche nahezu verdoppelte. In den 1950er Jahren fiel die Bevölkerungszahl wieder unter 2 Mio., erreichte 1964 ihr DDR-Zeit-Minimum von 1,892 Mio. und stieg danach bis 1988 auf 1,978 Mio. an, um seitdem durch Abwanderung und Geburtenrückgang auf heute 1,7 Mio. zu schrumpfen.

**Abb. 1:** Bevölkerungsentwicklung in den Planungsregionen von MV 1990 - 2003



Die Entwicklung Vorpommerns und seiner Bevölkerungsstruktur in den Grenzen der aktuellen Planungsregion lässt sich anhand der offiziell verfügbaren Daten bis 1971 zurückverfolgen: Zu jenem Zeitpunkt lebten dort 590.079 Personen. Bis 1990 ergab sich ein Rückgang auf 566.144 und bis 2004 auf 489.432 Einwohner. Während der mecklenburgische Lan-

desteil in den letzten 2 Jahrzehnten der DDR ein verhaltenes Bevölkerungswachstum registrierte, befand sich Vorpommern bereits in einer Schrumpfungsphase.

Da zu jener Zeit die Geburtenzahlen etwa doppelt so hoch wie heute lagen, war die Abwanderung damals weit stärker als derzeit. Sowohl vor als auch nach der Wende blieb Vorpommern die Region mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang (vgl. Abb. 1) innerhalb des heutigen Bundeslandes MV. So hat die Planungsregion Westmecklenburg seit der Wende einen Rückgang von 6% hinnehmen müssen, Vorpommern jedoch von 14%. Seit 1996 ist der Rückgang in der südlich angrenzenden Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte aber genau so stark wie in Vorpommern. Demographisch und wirtschaftlich spaltet sich das Land offensichtlich in einen Westteil, der mit der Gesamtentwicklung Ostdeutschlands in etwa Schritt halten kann und einen Ostteil, der immer stärker zurückfällt.

Dabei verläuft die Entwicklung innerhalb Vorpommerns teilregional sehr unterschiedlich. Zur Analyse der Disparitäten wird Vorpommern in 4 Raumkategorien (nach KLÜTER et al. 2005, S. 110/111) unterteilt:

- Die *Stadtregionen / regionalen Städtenetze* umfassen einerseits die Stadtkreise mit Umland (2004) und angrenzenden Kleinstädten und andererseits die Kleinstadtgruppen Ueckermünde/Torgelow/Eggesin (Ueckerstadt) sowie Ribnitz-Damgarten/Marlow (östlichster Teil des Städtenetzes Rostock/Güstrow).
- Der *LR mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus)* erstreckt sich entlang der Außenküsten Usedom, Rügens und Fischland-Darß-Zingst sowie auf der Seenplatte; d.h. in Gebieten mit besonderer Freizeitattraktivität.
- Die *Landstädte* (>5.000 Ew) liegen isoliert im dünn besiedelten LR (Anklam, Barth, Bergen, Demmin, Malchin, Malchow, Pasewalk, Strasburg, Wolgast).
- Der *dünn besiedelte LR* erstreckt sich zwischen den vorgenannten Raumkategorien v.a. in der agrarwirtschaftlich besonders günstigen Grundmoränenlandschaft und ist durch immense Strukturprobleme gekennzeichnet.

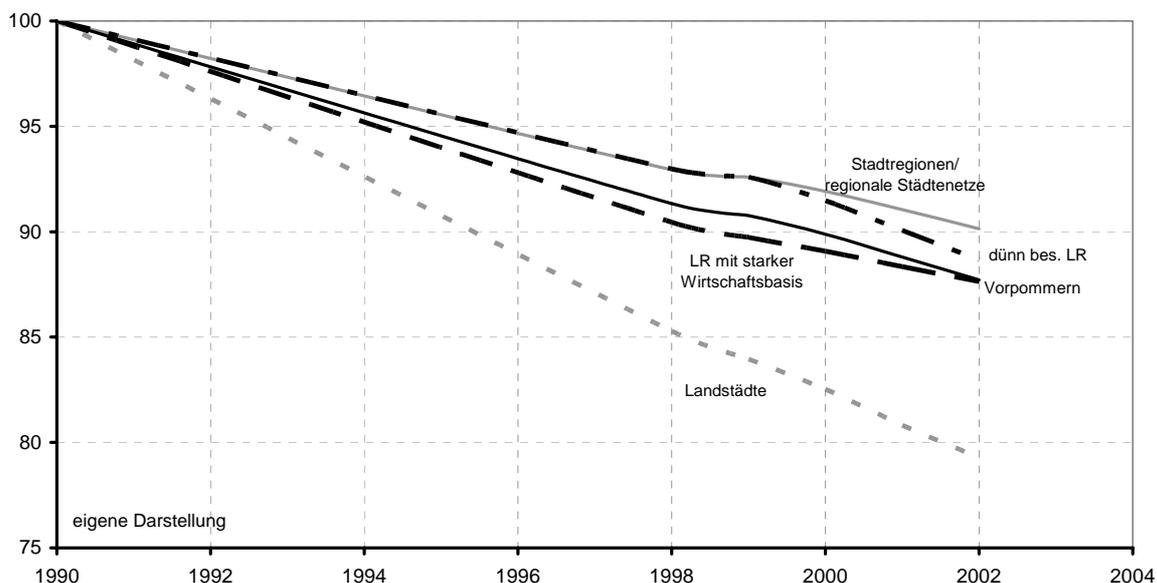
**Tab. 1:** Raumkategorien Vorpommerns (Quelle s. Abb. 2)

Raumtypen	Fläche	Bevölkerung (in 1.000)						
		2002	1971		1990		2002	
			(%)	abs.	%	abs.	%	abs.
Stadtregionen/regionale Städtenetze	35	267,8	45	274,7	49	247,6	50	
Landstädte	15	91,4	16	90,6	16	77,1	16	
LR / starke Wirtschafts-basis (Tourismus)	12	82,8	14	87,9	15	71,9	14	
LR / dünn besiedelt	38	148,1	25	112,8	20	100,0	20	
Planungsregion Vorpommern	100	590,1	100	566,1	100	496,6	100	

Die 'Stadtregionen/regionalen Städtenetze' haben seit der Wende nur 10% ihrer Bevölkerung verloren. Berücksichtigt man, dass sie in dieser Zeit kaum Zuzug von Russlanddeutschen/Ausländern erhielten, hat sich dieser Raumtyp ähnlich entwickelt wie vergleichbare Regionen in Nordwestdeutschland.

Der LR (sowohl der 'mit starker Wirtschafts-basis' wie der 'dünn besiedelte') hat über 12% seiner Bewohner verloren. Es fällt auf, dass der Raumtyp mit der höchsten Wirtschaftsförderquote/Einwohner seit der Wende (LR mit starker Wirtschafts-basis) nahezu die gleiche Schrumpfung durchgemacht hat, wie der Raumtyp mit der niedrigsten Förderquote (dünn besiedelter LR).

**Abb. 2:** Bevölkerungsentwicklung Vorpommerns nach Raumtypen 1990 – 2002



Das erklärt sich durch zwei Faktoren:

1. In den Tourismusorten ist nach 'Rückgabe (zumeist an Personen in Westdeutschland) vor Entschädigung' viel Wohnraum an Externe gefallen. Sie haben nach Sanierung die Mieten kräftig erhöht, die alten Mieter dadurch in andere Orte verdrängt und nutzen nun die Immobilien überwiegend als Ferienwohnungen oder hochwertige Eigentumswohnungen, die als Zweitwohnsitze an die Bewohner der Metropolen in Berlin und Hamburg verkauft oder vermietet werden.
2. Die Monostruktur des Tourismus bietet zwar Arbeitsplätze, doch nur innerhalb der kurzen Saison und überwiegend für kaum qualifizierte Personen. Das Lohnniveau ist so niedrig, dass es junge Leute zur Abwanderung und Höherqualifizierung mit anschließender Arbeitsuche in anderen Regionen veranlasst.

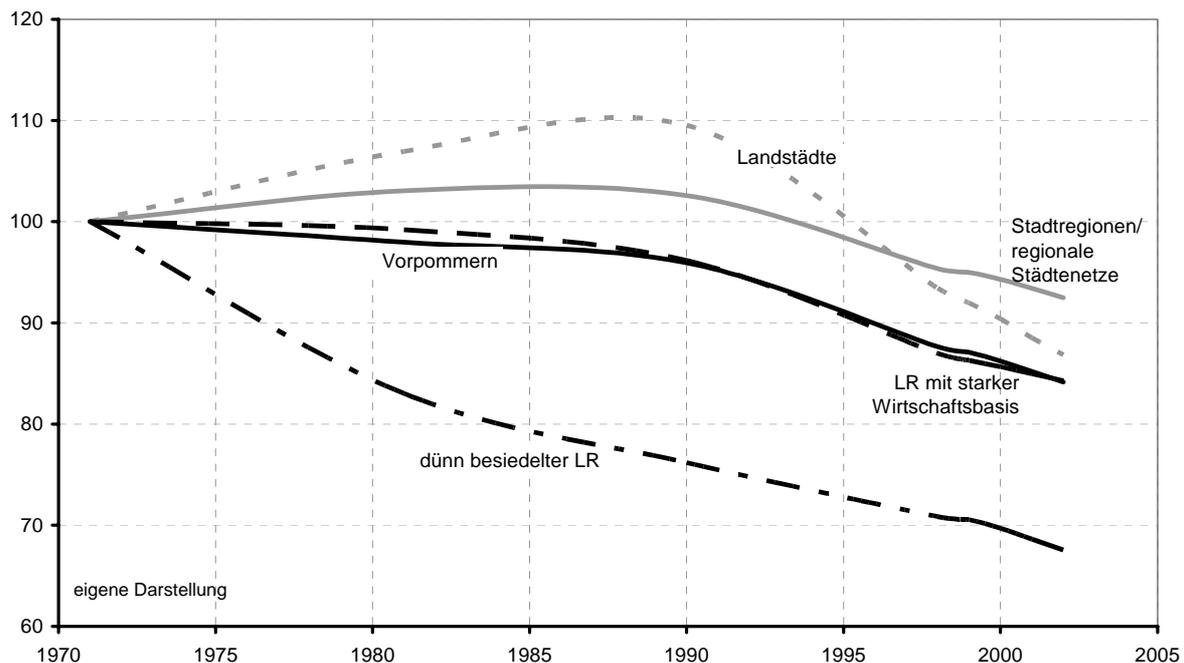
Der 'LR mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus)' ist trotz dieses Rückgangs nicht wüstungsgefährdet, da die Verluste von Personen mit Erstwohnsitz durch die periodische Bevölkerung (Urlauber und Zweitwohnsitztouristen) mehr als wettgemacht werden.

Die 'Landstädte' haben seit der Wende die größten Einbußen hinnehmen müssen und bereits über 20% ihrer Bevölkerung verloren.

Ein anderes Bild (Abb. 3) ergibt sich, wenn man 1971 als Basisjahr der Entwicklung wählt. Wiederum sind es die 'Stadtregionen/regionalen Städtetnetze', die am besten abschneiden. Im Wachstum bis zur Wende werden sie allerdings von den 'Landstädten' übertroffen. Zwar sind in jenem Zeitraum auch die kreisfreien Städte Stralsund und Greifswald stark angewachsen, doch geschah dies v.a. auf Kosten des näheren Umlands, das zu den Stadtregionen gehört. Die Suburbanisierung nach der Wende drehte diesen Prozess praktisch zurück, so dass in der Bilanz seit 1971 nur 6% verloren gegangen sind.

Die größten Einbußen musste der 'dünn besiedelte LR' hinnehmen. Er hat seit 1971 ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Die Wende hat für diese Raumkategorie statistisch nicht stattgefunden; der Niedergang hat sich ohne Unterbrechung über das Jahr 1990 hinaus fortgesetzt.

**Abb. 3:** Bevölkerungsentwicklung Vorpommerns nach Raumtypen 1971 - 2002

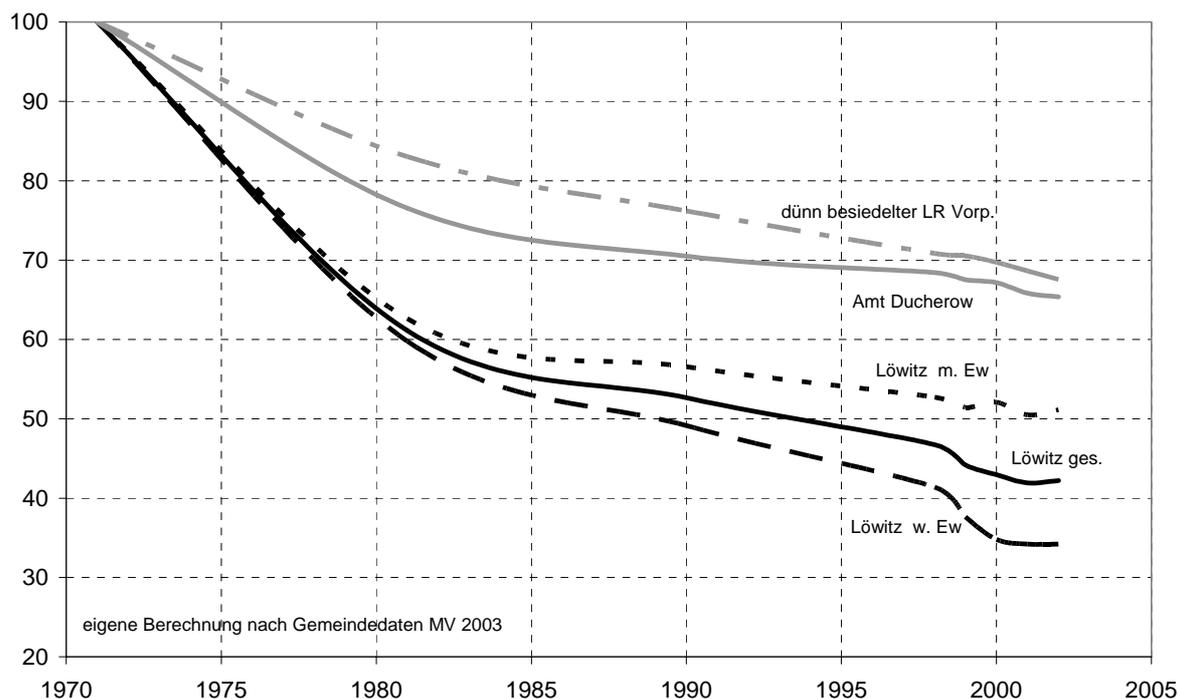


#### 4. Mikroräumliche Konsequenzen des Entwicklungsrückgangs

Der Verlust von einem Drittel der Einwohner im 'dünn besiedelten LR' ist ein Durchschnittswert. Im 'Anklamer Grafenwinkel' liegt die Gemeinde Löwitz (1971: 661 Ew, 2002: 279 Ew; Verlust: 382 Ew = 57,8%). Sie gehörte bis Ende 2004 zum Amt Ducherow, einem der strukturschwächsten Gebiete des Landkreises Ostvorpommern. Die Gemeinde besteht aus den 3 (Guts)Siedlungen Löwitz, Sophienhof und Schmutgerow. Im Hauptort Löwitz ist das eindrucksvollste Bauwerk bezeichnenderweise ein Grabdenkmal der Grafen von Schwerin. Es gibt keinen richtigen Agrarbetrieb, kein Geschäft, keine Sparkasse und keinen Arzt mehr; das große Schulgebäude von 1962 steht leer, das kleinere ältere ist zu einem Wohnhaus umfunktioniert. Auch die Doppelkaten der ehemaligen Gutsarbeiter stehen teilweise leer. Die kleinere Siedlung Sophienhof ist nur über eine löchrige Kommunalstraße erreichbar. Im Gegensatz zu Löwitz ist hier das kleine, aber architektonisch interessante Schloss erhalten, aber stark sanierungsbedürftig. Im Nordteil der Gemeinde liegt, ebenfalls abseits der Durchgangsstraße, Schmutgerow, dessen Herrenhaus (teil)saniert ist und touristisch genutzt wird; auch etwas Landwirtschaft gibt es noch.

Die Einwohnerdichte der Gemeinde Löwitz ist seit 1971 von 29 auf 12 Ew/km<sup>2</sup> gefallen. Die Frauen sind im betrachteten Zeitraum stärker abgewandert als die Männer. Sie erreichen in Schule und Ausbildung höhere Qualifikationen und haben es deshalb schwerer, in niedrig dotierten Branchen wie Landwirtschaft und Tourismus entsprechende Arbeitsplätze zu finden. 1971 kamen auf eine männliche 1,112 weibliche Personen; 2002 sind es 0,744. Die Altersstruktur der 279 Ew ist deformiert: 20-30a = 12 Ew; 30-40a = 40 Ew; 40-50 a = 42 Ew; 50-60 a = 34 Ew; aber 90 Personen sind älter als 60 Jahre. Der Generationenvertrag kann in einem solchen Dorf also längst nicht mehr funktionieren. 1998 - 2002 standen 10 Geburten 18 Sterbefälle gegenüber und 62 Zuzügen 96 Fortzüge; der 80%-Sterbeüberhang wird also durch den 55%-Abwanderungsüberhang verschärft. Zum Arbeiten und zum Einkaufen muss man mindestens bis ins 7 km entfernte Ducherow pendeln. Familien, deren Mitglieder noch – meist auswärts – arbeiten, kommen unter diesen Bedingungen fast nie richtig zusammen. Schon mit dem Eintritt in die Schule lernen die Kinder, dass man das Dorf verlassen muss; je höher die angestrebte Ausbildung, desto weiter muss gependelt werden.

**Abb. 4:** Bevölkerungsentwicklung von Löwitz bei Anklam 1971 – 2002



Die Wahrscheinlichkeit, dass die mobilitätsgeschulten Kinder als Erwachsene im Dorf bleiben, ist auch deshalb sehr gering. Die defekte Familie ist in MV nicht nur ein Phänomen der Großstädte, sondern auch der kleinen Landgemeinden: 2003 wurden in den Gemeinden von 200 - 500 Ew 56,9% der Kinder unehelich geboren; in der Großstadt Rostock waren es 59,3% und in den Gemeinden <200 Ew 60,4%. Die Kleinstgemeinden waren 2003 auch die mit den höchsten Abwanderungsverlusten: 11,3 ‰ (Landesdurchschnitt: 4,3 ‰; Stat. Jb. MV 2004, S. 63).

Die Arbeitslosigkeit in der Gemeinde Löwitz betrug 32% (2002); neuere Daten sind nicht verfügbar. Im Amtsbezirk Anklam (einschließlich der Stadt) stieg sie bis Anfang 2005 auf 33,0%, dürfte in Löwitz also weit höher liegen.

Bei Fortsetzung der aufgezeigten Abwanderungstrends und entsprechender Verminderung der Kinderzahl könnte die Gemeinde noch etwa 10 bis 15 Jahre existieren; da sie aus 3 Siedlungen besteht, auf die junge Leute und Unternehmen ungleich verteilt sind, kann das reale Überleben der Orte aber zeitlich unterschiedlich ausfallen.

## 5. Determinanten gegenwärtiger Wüstungsprozesse

Im Vergleich zu westdeutschen 'Ländlichen Räumen' sind folgende Sonderfaktoren zu erwähnen:

- mangelnde Bindung der Bevölkerung durch fehlendes landwirtschaftliches Eigentum,
- Kapitalentzug und Kapitalabfluss,
- Rumpftertiarisierung,
- zentrenorientierte Landesplanung.

Löwitz präsentiert sich als Dorf fast ohne Landwirte – und es ist in Ostdeutschland kein Einzelfall. Wie kommt so etwas zustande?

2001 bestanden in MV 5.054 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 2 ha Nutzflächen (Schleswig-Holstein: 19.241, Niedersachsen 60.152). 2003 gab es nur 1.764 vollbeschäftigte Betriebsinhaber und Familienangehörige – also nicht mehr als in 15 großen Dörfern Niedersachsens. Die Bindung der ländlichen Bevölkerung durch landwirtschaftliches Vermögen ist somit vier- bis fünfmal geringer als in Westdeutschland.

7,5% der mecklenburg-vorpommerschen Betriebe bewirtschaften fast 50% der Flächen. Die 383 Großbetriebe mit mehr als 1.000 ha (Niedersachsen: 13, Schleswig-Holstein: 4) bewirtschaften zu 82% Pachtland – überwiegend von der BVVG (diese ist ein Treuhand-

Nachfolger mit Sitz in Berlin und beschäftigt allein halb so viel Personen [900], wie es in MV Vollerwerbslandwirte gibt). Der größte Teil dieser Flächen gehört nach Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofes formal den Nachkommen der kleineren und mittleren Bauern, die durch die sowjetischen Bodenreformen 1947 bis 1949 begünstigt wurden. Doch von deutscher Seite wurden nach einem sehr komplizierten Verfahren nur die Rechte der direkt Begünstigten anerkannt, die der nicht in der Landwirtschaft tätigen Erben nicht. Die seinerzeit Begünstigten sind inzwischen weitgehend verstorben. Da die Rückgabe des Landes stagniert, haben viele das Warten aufgegeben und ihre Kinder landwirtschaftsfremde Berufe wählen lassen. 1991 waren ein Drittel der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft älter als 45 Jahre; 2003 waren es schon über die Hälfte. Das Problem der Rückgabe besteht aber weiterhin und wird von einer Koalition aus BVVG und Großagrariern – oft ehemaligen LPG-Leitern – und ihrer Lobby in den Landesregierungen behindert.

Die Betriebe können nur ihren juristisch geklärten Eigenbesitz als Kreditsicherheit bieten. Insofern leiden nicht nur die Kleinbetriebe, sondern auch die sehr großen unter erheblichem Kapitalmangel. Zudem müssen die 1.500 LPG-Nachfolge-Unternehmen in Ostdeutschland 2,5 Mrd. € 'Altschulden' aus DDR-Zeiten an Gläubigerbanken zahlen, denen Treuhand-Gesellschaft, BVVG und damalige Bundesregierung nach der Wende jene Kredite zugeschanzt haben. Derzeit müssen die LPG-Nachfolger 20% ihrer Jahresüberschüsse zur Kredit- und Zinstilgung der Altschulden aufbringen. Sofern sie die neuen BVVG-Angebote nicht bis 31.08.2005 akzeptierten, sind 55% fällig (OZ 11.03.2005; 27.07.2005). In Bezug auf Investitionen sind sie deshalb gegenüber westdeutschen Konkurrenten stark benachteiligt, denn die verfügen über feste Besitzstrukturen und entsprechende Kreditpolster. Seit der Wende, also seit 15 Jahren, leidet der 'dünn besiedelte LR' dadurch an extremem Investitionsmangel. Dieser ist institutional – also extern – bedingt und die Folge von Fehlern, die bei der Wiedervereinigung gemacht worden sind.

Da auch andere Wirtschaftsbranchen (Ausnahme: Tourismus) erhebliche Transformations- und Startprobleme hatten, können selbst die wenigen vorhandenen Finanzressourcen in MV nicht optimal eingesetzt werden. Ergebnis ist der drastische Kapitalabfluss gen Westen.

Auf einen gesparten € kamen 2003 in Hamburg 12,92 € Kredite an Nichtbanken, in Schleswig-Holstein 6,77 und in MV 2,80. Bei den Spareinlagen/Ew erreichte Hamburg das 1,6-fache von MV, bei den Krediten jedoch das 7,5-fache. Natürlich können Kredite und Spareinlagen nicht gegen gerechnet werden, doch weisen die übrigen Indikatoren in Tab. 2 ein ähnliches Gefälle auf; das gilt auch für die anderen ostdeutschen Bundesländer (KLÜTER 2003, S. 34) und kann nur erklärt werden, wenn man einen starken Kapitalfluss von Osten nach Westen voraussetzt.

Leider gibt es keine Daten für Vorpommern und seine Teilregionen. Informationen der Sparkasse Vorpommern lassen allerdings vermuten, dass die Ersparnisse/Konto im LR nicht zuletzt aufgrund der hier eingeschränkten Konsummöglichkeiten zwar kaum hinter den städtischen zurückbleiben, wohl aber die Kreditgewährung. Dies würde bedeuten, dass der Kapitalabfluss aus dem 'dünn besiedelten LR' gegenüber den Durchschnittswerten von MV bedeutend höher ausfällt.

**Tab. 2:** Kreditschöpfung in Norddeutschland 2003

Parameter	Hansestadt Hamburg	Schleswig-Holstein	Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern
Kredite an Nichtbanken (Mio. €)	145.615	104.950	2.736.923	19.406
Bruttoinlandsprodukt (Mio. €)	77.080	65.923	2.129.200	29.700
Spareinlagen (Mio. €)	11.268	15.511	566.289	6.940
Einwohner (Mio.)	1,734	2,823	82,532	1,732
Kredite/BIP (€)	1,89	1,59	1,29	0,65
Kredite/ Spareinlagen (€)	12,92	6,77	4,83	2,8
Kredite/ Ew. (€)	83.976,36	37.176,76	33.161,96	11.204,39

Quelle: eigene Berechnung nach Stat. Jb. MV 2004, S. 448 – 456.

Aufgrund der zu geringen Nachfrage aus der Landwirtschaft haben auch die Handwerks-, Reparatur- und Dienstleistungsunternehmen im LR Überlebensprobleme. Die diesbezüglichen Versorgungsstrukturen sind inzwischen radikal ausgedünnt. Dennoch überraschen die ländlich strukturierten Kreise mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Der Landkreis Uecker-Randow z.B. kam 2002 auf 77% und war somit stärker tertiarisiert als das Bundesland Bayern mit 62,2%. Gewöhnlich wird ein hoher Dienstleistungsanteil als Kennzeichen einer progressiven, modernen Wirtschaftsstruktur angesehen. Doch das gilt nur für einen Teil der Tertiarisierungsprozesse: „Die aus Vermögen, beziehungsweise aus Verzinsung von Vermögen erwachsende Tertiarisierung ist mit ihren Finanz-, Versicherungs- und Kapitaldienstleistungen offenbar eine der Hauptquellen regionalen Reichtums und wird im Folgenden Vermögenstertiarisierung genannt.“ (KLÜTER 2003, S. 32). Für Ostdeutschland gelten diese Voraussetzungen in der Regel nicht, denn dort brachen nach der Wende die industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen weg. „Übrig bleiben die Dienstleister, die die gesetzliche Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten haben. Meist sind sie staatlich konstituiert. Das heißt, dass sie trotz des unzulänglichen Wirtschaftsmilieus in ihren Regionen vor dem Untergang sicher sind... Die Zusammensetzung des Dienstleistungssektors unterscheidet sich stark von dem, was in den Zentren der Vermögenstertiarisierung die Wirtschaft bewegt. Finanzierungs- und unternehmensbezogene, medienorientierte, groß- und einzelhandelsbezogene Informations- und Führungsdienstleistungen wandern ab oder sind unterentwickelt. Unter diesem Aspekt handelt es sich um Rumpftertiarisierung.“ (KLÜTER 2003, S. 35).

Rumpftertiarisierung ist zunächst ein Kennzeichen privatwirtschaftlicher Strukturschwäche, nicht der staatlichen. Man kann sich durchaus vorstellen, dass eine beherzte staatliche Entwicklungspolitik Disparitäten abbauen könnte. Für MV gilt dies leider nicht: Es hat mit etwa 800 Gemeinden immer noch doppelt so viele Kommunen wie das 10mal einwohnerstärkere Nordrhein-Westfalen und sogar 2,7mal mehr als das an Fläche 17mal und an Einwohnern 5mal größere Schweden. Die durchschnittliche kreisangehörige Gemeinde hatte 2003 in MV ca. 1.300 Ew. Der staatliche Sektor ist auf 820 gebietskörperschaftliche und weit über 1.000 körperschaftliche und behördliche, miteinander konkurrierende Haushalte zersplittert, kann also seinen etwa 40%-Anteil am BIP nicht ökonomisch effektiv einsetzen. Gerade im 'dünn besiedelten LR' sind kommunaler und bundeslandbezogener Dienstleistungssektor erheblich schlechter organisiert als in den anderen Raumtypen:

- Keine Gemeinde wäre in der Lage, die in der Kommunalverfassung festgelegten Aufgaben selbst zu tragen, zumal auch keine über eigenes Fachpersonal verfügt; alle werden von ehrenamtlichen Bürgermeistern geleitet.
- Viele ehrenamtliche Bürgermeister haben weder Zeit noch Qualifikation, komplizierte Förderprogramme (wie etwa die Peripherie-Förderung der EU) zu studieren, Anträge zu verfassen, und sie erfolgreich im Land, im Bund und bei der EU-Kommission durchzuführen; viele Fördergelder fließen im wahrsten Sinne des Wortes am 'dünn besiedelten LR' vorbei, weil zu wenige Anträge gestellt werden.
- Die meisten Gemeinden und Ämter sind so klein, dass sie die Eigenanteile, die für viele Projekte notwendig sind, weder aufbringen noch eine Vorfinanzierung absichern können.
- Außerdem sind sie so klein, dass sie mit den dort ansässigen Unternehmen nicht 'auf Augenhöhe' verhandeln können; viele Agrarunternehmen sind groß genug, um einzelne Gemeinden auf 'ihrem' Territorium gegeneinander auszuspielen oder zu erpressen.
- Die Informations- und Organisationsmacht liegt vollständig bei den Amtsverwaltungen (in bestimmten Ämtern bei den geschäftsführenden Gemeinden); die Ämter haben zwar keine Legislative und sind keine Gebietskörperschaften, doch sie entscheiden, welche Informationen aus den Landesbehörden 'nach unten' gegeben und welche Gemeindewünsche als Anträge aufgearbeitet und 'nach oben' geleitet werden.

Während die meisten Länder Westdeutschlands die Amtsverwaltungen seit den 1960er Jahren im Rahmen von Kommunalreformen aufgelöst und ihre Kompetenzen den ländlichen Gemeinden übergeben haben, hat MV seine Ämter unlängst (1.1.2005) durch Zusammenlegung (von 118 auf 79) gestärkt und die Gemeinden weiter entmündigt; statt früher 57 gibt es nun nur noch 34 amtsfreie Gemeinden, von denen keine im 'dünn besiedelten LR' liegt. Nur diese 34 kann man mit den Selbstverwaltungskommunen in Westdeutschland vergleichen. Die Gemeinde Löwitz mit ihren 279 Ew gehört seit dem 01.01.2005 zum Amt Anklam-Land,

das wurde aus den Ämtern Ducherow, Spantekow und Krien zusammengefügt und hat in 29 Gemeinden 12.777 Einwohner. Die Kontrollmöglichkeiten jedes Bürgermeisters sind entsprechend begrenzt.

Von einer wachstums- und gerechtigkeitsorientierten Landesplanung wäre zu erwarten, dass sie die genannten Negativ-Faktoren und Trends durch Gegensteuerung abschwächt; bisher hat sie das nicht getan. Der 'dünn besiedelte LR' tritt als Raumordnungskategorie gar nicht in Erscheinung. Er wird immer mit dem 'mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus)', den 'Landstädten' und den 'außerhalb der Ordnungsräume gelegenen Speckgürtelgemeinden' zusammengefasst, was seine Schwäche kaschiert. Die Fördermittel, die für diesen undifferenzierten LR zur Verfügung gestellt wurden, landeten überwiegend bei den organisations- und antragsstarken, verhältnismäßig reichen Gemeinden der Speckgürtel und Tourismusgebiete.

Das wichtigste für die Landesentwicklung destruktive Element ist das Zentrale-Orte-Konzept. Es wurde in MV seit der Wende nie empirisch belegt, sondern normativ von oben oktroyiert. Zwar verweist die Landesplanung in diesem Zusammenhang häufig auf die Studie von STEINGRUBE et al. 2001, doch stellt diese keine landesweite Erhebung dar, weil sie die Bevölkerung der kreisfreien Städte ausschließt; die Orientierung der Landkreisbevölkerung, von der übrigens nur 0,66% befragt wurden, auf jeweils nur einen normativ gesetzten zentralen Ort ist unter heutigen Mobilitätsbedingungen absurd, wie die Autoren auf S. 49 ihrer Studie selbst konstatieren. Axiomatisch wurde davon ausgegangen, dass es im LR Kaufkraftüberschüsse wie in den marktwirtschaftlich gewachsenen Bauernregionen Westdeutschlands gibt, und dass deswegen mit dem Finanzausgleichsgesetz Steuermittel vom 'dünn besiedelten LR' in die Zentralen Orte umzuverteilen wären. Mit diesem Konzept wird der 'dünn besiedelte LR' noch ärmer gemacht, als er ohnehin schon ist (s. Übersicht Folgeseite).

Von den 270 Gemeinden in Vorpommern wurden im Regionalen Raumordnungsprogramm 1998 nur 51 einer der 4 Kategorien der Zentrale-Orte-Skala zugeordnet: 2 Ober-, 5 (+2) Mittel-, 12 Unterzentrum, 30 Ländlicher Zentralort.

In Vorpommern konnten daher nur 19% der Gemeinden bei Förderanträgen an Bund und EU mit dem Etikett 'Zentraler Ort' für sich werben. In den bedeutend reicheren Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen waren es damals schon alle! MV hat also die wirtschaftlich sowieso schwache Wettbewerbsposition seiner eigenen Gemeinden administrativ und fiskalisch offenbar bewusst weiter verschlechtert.

Seit 2003 ist ein neues Raumentwicklungsprogramm in der Diskussion. Wie im Landesentwicklungsprogramm von 1993 geht es hauptsächlich um Zentren- und Tourismusentwicklung. Die Zentralitätskategorien wurden von 4 auf 3 reduziert: Ober-, Mittel- und Grundzentren (vgl. Raumentwicklungsprogramm 2004). Die bisherigen 'Ländlichen Zentralorte' fallen überwiegend aus dem Zentrale-Orte-Netz heraus. So werden die administrativ verordneten Versorgungsentfernungen um ein Weiteres erhöht. Die Kategorie des 'Ländlichen Raums' wird in dem neuen Programm in 'Tourismus-' und 'Landwirtschaftsräume' gespalten, die sich aber weiträumig überschneiden. Damit werden v.a. die Interessen der etwa 700 Großagrarier bedient, von denen einige in diesen Gebieten ihre strittigen Vorstellungen von Düngemiteleinsatz und Großviehanlagen umsetzen möchten. 2004 wurde somit zum ersten Jahr in MV, in dem der Ökologische Landbau zurückging (EHLERS 2005). Die planerische Festlegung von Monostrukturen (Landwirtschaft und Tourismus) widerspricht in dieser Form (Vorangnutzung) den Zielen von Nachhaltigkeit und erfolgreicher Regionalentwicklung. Alle, die nicht in diesen Branchen arbeiten möchten, können die Monostrukturierung als Hinweis zur Abwanderung verstehen. Damit dürften die weitere Rückentwicklung im LR und das Fortschreiten von Wüstungsprozessen programmiert sein. Während in Westdeutschland das Abwandern aus dem LR für die bodenständige Bevölkerung zunächst einmal mit dem Risiko des sozialen Abstiegs und des Verzichts auf Vermögenseffekte behaftet ist, verspricht die Situation in Vorpommern den Abwandernden einen ökonomischen Aufstieg.

**Übersicht: Zentrenorientierte Landesplanung seit 1993**

Trend	Ursachen	Folgen für die Gegenwart
Räumliche Zentralisierung von Arbeitsplätzen.	Nutzung der Städte nach der Wende als Basis für wirtschaftliche Transformation; ersatzloser Wegfall landwirtschaftlicher und Dienstleistungsarbeitsplätze in der Fläche durch LPG-Auflösung.	Degradierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in/ Abwanderung jüngerer Arbeitskräfte aus strukturschwachem LR in die Zentren und deren relative Stärkung; zunehmende Arbeitsplatzzentralität.
Räumliche Zentralisierung des Einzelhandels.	Etablierung von Filialen des westdeutschen großflächigen Einzelhandels in der Peripherie der Städte.	Verfall und Schließung kleiner Einzelhandelsunternehmen in Innenstädten und Dörfern; Stärkung der Suburbanisierungskerne.
Räumliche Zentralisierung der Verwaltung.	Kreisgebietsreform 1993/94 ohne Gemeindegebietsreform; Entzug sozialer und politischer Funktionen aus Klein- und Kleinstgemeinden gemäß Zentrale-Orte-Konzept.	Entwertung der ehemaligen Kreisstädte; Spaltung der Gemeinden in 7 Klassen. Die anstehende Verwaltungsstrukturreform könnte durch die Verringerung von 18 auf 4-5 Kreisstädte einen neuen Konzentrationsschub bringen.
Räumliche Zentralisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen.	Geburtenrückgang / unzureichende Auslastung der Einrichtungen in der Fläche.	Im ländlichen Raum lernen schon Schulkinder, dass man zur Erlangung auch einfacher Bildungs- und Kulturdienstleistungen den Heimatort verlassen muss.
Spaltung des Landes in - höher entwickelten West- und - schwächer entwickelten Ostteil.	Ausdehnung der Agglomerationseffekte der Metropolregion Hamburg auf den westlichen Landesteil; politische Hauptstadteffekte von Schwerin; wirtschaftliche Hauptstadteffekte von Rostock.	Ansätze zur Vermögenstertiarisierung in West-MV; Rumpftertiarisierung mit starkem Kapitalabzug in Ost-MV; Hohe Arbeitslosigkeit in Ost-MV mit verstärkter Abwanderung in Richtung Westen; geringe Präsenz der Landesregierung im Ostteil des Landes.

Die Wirtschaftsschwäche des 'dünn besiedelten LR' wird durch krasse politische Fehler bei der Wiedervereinigung und durch systematische Fehler der Landesplanung und der sog. 'Verwaltungsmodernisierung' verschärft. Angesichts dieser künstlich erzeugten Push-Faktoren und der immer geringer werdenden Mobilitätshemmnisse für die ländliche Bevölkerung wird Wüstung ein geradezu logischer Prozess in der Rückentwicklung des Landes.

## 6. Alternative Strategien zur Vermeidung von Wüstungen in Vorpommern

Der sich abzeichnende Wüstungsprozess ist keineswegs irreversibel vorgegeben. Wie Beispiele aus der Schweiz (Tessin), Nordschweden und Finnland zeigen, gibt es ein ganzes Maßnahmenspektrum zum Mildern von Peripherienachteilen. Für Vorpommern in der heutigen Situation scheinen folgende Empfehlungen sinnvoll:

- Gemeindegebiets- und -funktionalreform;
- Schaffung klarer Besitz- und Rechtsverhältnisse in der Landwirtschaft;
- Minderung des Kapitalabflusses;
- Abkehr vom Zentrale-Orte-Konzept zu neuen Instrumentarien der Raumentwicklung;
- Entwicklungsprojekte technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur im LR.

Die Landesregierung möchte bis 2009 die 12 Land- und 6 Stadtkreise zu 4 oder 5 Regionalkreisen zusammenfassen, ohne jedoch eine Gemeindereform durchzuführen (vgl. Landesregierung 2004). Doch nur starke Gemeinden sind in der Lage, starke Kreise zu tragen. Sie müssen so vergrößert werden, dass sie sich im Sinne der Kommunalverfassung erfolgreich selbst verwalten und in jeder Hinsicht mit den Kommunen der Nachbarländer konkurrieren können. Sie müssten außerdem in der Lage sein, wie eigenständige öffentliche Unternehmen der privaten Wirtschaft gleichberechtigt gegenüberzutreten. Die Mindestgrößen sollten deshalb in Stadtregionen/regionalen Städtenetzen bei 40.000 Ew und im LR bei mindestens 15 - 20.000 Ew liegen; ein Regionalkreis Vorpommern würde dann auf 19 - 21 Gemeinden kommen. Im Vergleich zu den Nachbarländern wären diese Gemeinden immer noch recht klein; z.B. gelten bei der anstehenden Kommunalreform in Dänemark 33.000 Ew als Mindestgröße für eine Gemeinde.

Die Gemeinden Vorpommerns sollten organisatorisch und finanziell so stark sein, Bürgerbüros für Teilgebiete und mobile Dienstleistungen für isolierte/abseits gelegene Siedlungen zu unterhalten. Sie könnten dabei alle Dienstleistungen der heutigen Ämterebene und einen Teil der kundennahen Dienstleistungen der heutigen Kreisebene erbringen. Die politische Willensbildung auch in den dispersen Teilsiedlungen könnte durch Ortsteil- und Flächenbeiräte erbracht werden.

Solche Gemeinden wären wohl auch stark genug, sich für ihre Bürger und Unternehmen bei der Regelung der landwirtschaftlichen Vermögensfragen einzusetzen und somit zur Rechtssicherheit auf dem Lande beizutragen. Rechtssicherheit beim Landbesitz herzustellen, ist aber v.a. Aufgabe des juristischen Systems.

Neue Gemeinden jener Größenordnung dürften selbst als Kreditnehmer auftreten können. Darüber hinaus könnten sie ihre Interessen bei der Steuerung der regionalen Kreditinstitute geltend machen. In public-private-partnership sollten sie gemeinsam mit der Wirtschaft die wichtigsten Dienstleistungen sichern können, v.a. im Banken-, Bildungs- und Gesundheitswesen. Damit wäre ein Milieu geschaffen, das es Handwerksbetrieben und anderen Unternehmen wieder erleichterte, stärker im LR zu investieren.

Die Raumordnung müsste endlich zu Konzepten kommen, die den heutigen Mobilitäts- und Lebensbedingungen gerecht werden. Mit 'Zentralen Orten' (wie sie in MV gehandhabt werden) ist das m. E. unmöglich! Fördergelder müssen endlich auch dort eingesetzt werden, wo der Rückstand am größten ist. Der 'dünn besiedelte LR' und die 'Landstädte' müssen besondere Planungskategorien werden. Das derzeitige Zentrum Vorpommerns wird durch ein multifunktionales Städtedreieck mit 180.000 Einwohnern gebildet, in dem Verbraucher und Arbeitnehmer je nach Wunsch und Aufgabe pendeln: Stralsund-Greifswald-Grimmen. Der Aufbau einer städtischen Dienstleistungsgesellschaft vor attraktiver ländlicher bzw. Küstenkulisse kann hier nur gelingen, wenn die anderen Räume Vorpommerns sich ergänzend, stützend und kooperativ zu diesem Dreieck entwickeln.

Wenn Gemeinden als Unternehmen im LR so stark sind, dass sie Projektentwicklung und -durchführung organisieren und die dazu notwendigen Eigenanteile aufbringen können, dann

sind viele der jetzigen Einzelprojekte, die durch Gemeinde- und Ämtergrenzen voneinander getrennt sind, netzwerkfähig. Nur so wird es beispielsweise möglich sein, das großartige kulturelle Erbe der derzeit noch erhaltenen Kirchen, Gutshäuser und Schlösser zumindest teilweise zu retten. Ein solches Projekt ist die 'Vorpommersche Dorfstraße' (HEINZ 2003), die in ihrer 2. Projektstufe von Fischland/Darß entlang Recknitz, Trebel und Peene nach Usedom geführt werden soll. Über 200 bauliche und landschaftliche Sehenswürdigkeiten könnten zu einer attraktiven Tourismus-Route für Rad-, Wasser-, Fuß- und Autowanderer zusammengesetzt werden. Nach der Ämterreform vom 01.01.2005 schnitt das Projekt aber noch immer 13 Ämter- und zahlreiche Gemeindegrenzen in 3 Landkreisen. Schon der Organisationsaufwand zur Aufbringung der Eigenanteile für diese Projektstufe wäre dann fast unübersehbar.

## 7. Zusammenfassung

- Der Wüstungsbegriff erscheint angesichts der empirischen Befunde und der statistisch belegbaren Trends für die Gegenwart auf Vorpommern anwendbar. Wüstung ist in diesem Kontext nicht nur ein historischer, sondern auch ein gegenwärtiger und zukünftiger Prozess.
- Die Wüstungsprozesse konzentrieren sich auf den 'dünn besiedelten LR', der in Vorpommern 38% der Fläche und 20% der Bevölkerung umfasst. Dieser Raum hat seit 1971 ein Drittel seiner Bevölkerung verloren.
- Die Rückentwicklung hat im 'dünn besiedelten LR' bereits Jahrzehnte vor der Wende eingesetzt und sich danach vertieft. Ihre Dauerhaftigkeit und die fehlende Gegensteuerung werden für einige Siedlungen und Dörfer bereits in den nächsten 10 Jahren zu ernsthaften Bestandsproblemen führen.
- Determinanten des Wüstungsprozesses hängen mit Kapitalentzug, Peripherisierungsercheinungen in Wirtschaft und Politik, Monitoring- und Planungsfehlern zusammen. Politische Fehlsteuerung ist eine Komponente, die historische mit modernen Wüstungsprozessen verbindet.
- Die Landesplanung hat vor den sich abzeichnenden Problemen bisher die Augen verschlossen und ihre Kategorien so definiert, dass Wüstung als unabänderlicher Sachzwang des demographischen Wandels erscheint.
- Wichtigste Zentralisierungsideologie ist ein kontrafaktisch eingesetztes Zentrale-Orte-Konzept, mit dem sogar heute noch absurde Umverteilungsprozesse vom Lande in die Städte verstärkt werden. Die volkswirtschaftlichen und politischen Kosten dieser Fehlplanungen werden nicht analysiert bzw. verheimlicht.
- Zwar sind aus Nordeuropa, den Niederlanden und den Alpenländern Anti-Peripherisierungsstrategien seit langem bekannt, doch werden sie in MV wenig diskutiert und mit dem Etikett 'Wohlfahrtsstaat' oft abgewertet.

Eine Vermeidung großflächiger Wüstungen ist nur dann möglich, wenn

- a) es zu einer Gemeindegebietsreform kommt, die im strukturschwachen LR die Arbeitsfähigkeit und die Finanzkraft der Kommunen sowie damit die Antragsfähigkeit für entsprechende EU-Fördermittel und andere Projekte sichert;
  - b) generell im LR klare Besitz- und Rechtsverhältnisse hergestellt werden, die der dortigen Bevölkerung die Betätigung in der Landwirtschaft unter gleichen Bedingungen wie in Westdeutschland gestatten;
  - c) in der Landesplanung das wüstungsfördernde Zentrale-Orte-Konzept durch ein Planungsinstrumentarium ersetzt wird, das nicht imaginäre westdeutsche, sondern die realen Entwicklungsnotwendigkeiten von MV spiegelt.
- Will man Wüstungen im 'dünn besiedelten LR' vermeiden, muss dessen Förderung effektiver gestaltet werden. Die betroffenen Gemeinden sind durch Fusionen so zu stärken, dass sie echte Unternehmensfunktionen wahrnehmen können. Erst dann werden sie in der Lage sein, in einen erfolgversprechenden Wettbewerb mit den ländlichen Gemeinden westdeutscher Bundesländer und Skandinaviens zu treten – und zwar auch um EU-Fördermittel zum Ausgleich von Peripherie-Nachteilen.

## Literatur

- dpa** (2005): Bund prüft Ost-Agrarschulden. In: Ostsee-Zeitung [OZ] 11.03.2005.
- EHLERS, E.** (2005): Ökolandbau schrumpft. In: OZ 10.03.2005.
- HEINZ, M.** (2003) Vorpommern: Interkommunale Kooperation und Entwicklungsplanung im ländlichen Raum. In: GB RFTF 14, S. 47-58.
- KLÜTER, H.** (2003): Räumliche Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse im Tertiärbereich. In: BRAUN, G.; ELLGER, C. (Ed.): Der Dienstleistungssektor in Nordostdeutschland – Entwicklungsproblem oder Zukunftschance? Hannover (=ARL Arbeitsmaterial 304).
- KLÜTER, H. et al.** (2005): WirtschaftsAtlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte. Schwerin.
- Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern** (2004): Gesetz über Verwaltungsmodernisierung für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Entwurf. Schwerin.
- LENZ, K.** (1958): Die Wüstungen der Insel Rügen. Remagen (= Forschungen zur deutschen Landeskunde 113).
- Min. für Arbeit, Bau und Landesentwicklung MV** (2004): Raumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- PAUL, L.** (2003): „Uns gab's nur einmal“ – Mecklenburg-Vorpommern voor en na de Duitse hereniging (Mecklenburg-Vorpommern vor und nach der deutschen Wiedervereinigung). Delft.
- PHILIPP, H.** (2000): Sterbende Gutshäuser – Bericht über einen anhaltenden Skandal. In: Rugia Journal 2000. S. 29 – 33.
- Regionaler Planungsverband Vorpommern** (1998) (Ed.): Regionales Raumordnungsprogramm Vorpommern 1998. Greifswald
- SCHENK, W.** (2002): Wüstung. In: Lexikon der Geographie. Berlin, Heidelberg, New York.
- Stat. LA MV** (2004): Stat. Jb. MV 2004. Schwerin
- Stat. LA MV** (2003). Stat. Berichte Gemeindedaten MV 2003. Schwerin.
- STEINGRUBE, W.; BRUNNER, D.; HILBIG, A.** (2001): Landesweite Erhebung der Versorgungsbereiche frei wählbarer Güter und Dienstleistungen. Greifswald, (unv. Studie).
- Voelsch, B.** (2005): Auf einen Schlag schuldenfrei. In: OZ 27.07.2005.